Kurz gemeldet

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): **- (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

STROMMARKT

Herkunftsnachweis für Strom

Im Dezember 2006 ist die Verordnung über den Nachweis der Produktionsart und der Herkunft von Elektrizität in Kraft getreten. Damit erhält die Schweiz rechtlich klar definierte, diskriminierungsfreie und EU-kompatible Rahmenbedingungen für die Ausstellung von Herkunftsnachweisen für Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Mit solchen Nachweisen wird der internationale Stromhandel aus erneuerbarer Energie erleichtert. Zudem dienen sie der Elektrizitätswirtschaft als Nachweis für die Stromkennzeichnung: Seit 2006 sind die Energieversorgungsunternehmen gesetzlich dazu verpflichtet, die Endkunden über die Zusammensetzung ihres Energie-Mixes zu informieren.

Weitere Informationen:
Romina Salerno, Sektion Energiepolitik BFE, romina.salerno@bfe.admin.ch

Rahmenbedingungen zum Stromwettbewerb

Im Zuge der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes stellt sich die Frage, wie der zunehmende Wettbewerb in den Stromnetzen geregelt werden soll. Eine vom Bundesamt für Energie für die Beantwortung dieser und weiterer Fragen eingesetzte Arbeitsgruppe hat im November ihren Schlussbericht präsentiert. Das Gremium spricht sich gegen eine freie Wahl der physischen Netz- und Zusatzanschlüsse – den sogenannten Parallel-Leitungen – aus. Hingegen begrüsst die Arbeitsgruppe den Wettbewerb im Sinne einer freien Wahl des Stromanbieters. Sie empfiehlt zudem, gesetzeskonforme Netznutzungskosten und –entgelte durch den Preisüberwacher und die im Stromversorgungsgesetz vorgesehene Elektrizitätskommission (ElCom) durchsetzen und kontrollieren zu lassen.

Weitere Informationen:
Dr. Rainer Bacher, Leiter Sektion Netze BFE, rainer.bacher@bfe.admin.ch

ERNEUERBARE ENERGIEN

SATW: Nachhaltige Energieversorgung ist machbar

Eine nachhaltige Energieversorgung ist in der Schweiz möglich. Zu diesem Resultat kommt die Studie «Road Map Erneuerbare Energien Schweiz» der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW). Die Studie zeigt, wie sich das Angebot an erneuerbaren Energien in den kommenden Jahrzehnten entwickeln könnte. Die Autoren gehen davon aus, dass das technisch nutzbare Potenzial erneuerbarer Energien wie Fotovoltaik, Erdwärme, Biomasse oder Windenergien weitgehend erschlossen wird. Auf diese Weise liesse sich das Angebot an erneuerbarer Energie bis im Jahr 2050 verdoppeln. Entscheidend für das Wachstum der Erneuerbaren sei die gleichzeitige Umsetzung von Energiespartechnologien. Als wichtigste Massnahme zur Erhöhung der Energieeffizienz nennt die SATW den Minergie-Standard bei Gebäuden – dass dieser heute auf Bundesebene noch nicht verbindlich ist, sei unverständlich, schreiben die Autoren. Die SATW versteht die Studie als Beitrag zur politischen Energiediskussion.

Weitere Informationen:
www.satw.ch/aktuell/roadmap

ENERGIEPOLITIK

CVP: Energiepolitische Wahlversprechen

Die Delegierten der CVP Schweiz haben im Januar einen Wahlvertrag 2007 verabschiedet. Im Bereich der Energiepolitik verspricht die CVP ihren Wählern, sich dafür einzusetzen, die Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Energieträgern zu senken, den CO_2-Ausstoss zu reduzieren, dass die CO_2-Abgabe eingeführt wird und die Kyoto-Ziele auch nach 2012 fortgeführt werden. Zudem will die Partei der Energieeffizienz oberste Priorität beimessen und im Gebäudebereich den Minergie-Standard auf Bundesebene verbindlich festlegen. Im Mobilitätsbereich steht die CVP für die Erhöhung der Importzölle für «Benzinfresser» und Fahrzeuge ohne Russpartikelfilter ein. Die Stromlücke will sie mit Massnahmen zum Energiesparen, mit der Förderung erneuerbarer Energien und mit dem Ausbau der Wasserkraft fördern. Die Kernenergie, verspricht die CVP den Wählern, soll eine offene Option bleiben.

Weitere Informationen:
www.cvp.ch

KERNENERGIE

Nukleare Sicherheit gewährleistet

Die Schweizer Kernanlagen waren im Jahr 2006 in gutem und sicherem Zustand, wie die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) im Januar mitteilte. Die HSK klassierte in den fünf Kernkraftwerken neun Vorkommnisse, fünf weniger als im Vorjahr. Im Paul Scherrer Institut war kein Ereignis aufgetreten (Vorjahr: 2). Von den neun Ereignissen entfielen je zwei auf die KKW Benznau I, Mühleberg und Leibstadt sowie drei auf das KKW Gösgen. Alle Vorkommnisse wurden auf der internationalen Bewertungsskala INES (Stufen 0 bis 7) der Stufe O zugeordnet. Erstmals seit Betriebsaufnahme des ersten KKW in der Schweiz (Beznau I) im Jahr 1969, musste in keinem der fünf Kernkraftwerke eine Reaktorschnellabschaltung vorgenommen werden. Wie die HSK festhält, sind aufgrund des schweren Vorkommnisses im schwedischen Kraftwerk Forsmark im Juni 2006 sämtliche fünf Schweizer Kernkraftwerke umfangreichen Überprüfungen unterzogen worden.

Weitere Informationen:
www.hsk.ch

INTERNATIONAL

Regierungen Südostasiens schliessen Energiepakt

Die zehn südostasiatischen ASEAN-Staaten haben gemeinsam mit China, Japan, Neuseeland, Indien, Südkorea und Australien eine Erklärung zur Energiesicherheit verabschiedet. Die sogenannte Cebu Declaration on East Asian Energy Security soll die Basis für eine sichere, adäquate und kostengünstige Bereitstellung von Energie in der Region bilden. Der Energiepakt zielt insbesondere auf eine grössere Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen, ihr Anteil soll sukzessive abnehmen. Der Beschluss sieht dazu vor allem die Förderung erneuerbarer Energien sowie den Bau von Wasser- und Atomkraftwerken vor. Weiter soll die Energieeffizienz gesteigert, der CO_2-Ausstoss reduziert und kohlenstoffarme Technologien erforscht und entwickelt werden.

Weitere Informationen:
www.12thaseansummit.org.ph/innertemplate3.asp?category=docs&docid=31